

## Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,  
ich begrüße Euch zur 385. Montagsdemonstration!**



**3 Millionen Rentner sind von Armut bedroht.**

[www.aktion-gegen-armut.de](http://www.aktion-gegen-armut.de)

### **„Altersarmut“ ...!**

*(Martina & Fritz eröffnen die - Montagsdemo am 27.08.2012)*

Sind wir eigentlich vor Altersarmut gesichert?

Zwei Beispiele:

Die geplante weitere Absenkung des Rentenniveaus auf 43% bis 2030 bedeutet, dass ein deutscher Durchschnittsverdiener künftig 33 Jahre durchgängig arbeiten muss, nur um eine Rente über der steuerfinanzierten Grundsicherung im Alter zu erreichen.

Nach Berechnung des RWI beträgt das Durchschnittseinkommen in Deutschland je Haushalt rund 2.700€. Hierbei handelt es sich um das Netto-Durchschnittseinkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben.

Wer es nicht ganz so üppig hat, sagen wir Brutto 2000 €, muss mehr als 43 Jahre arbeiten, um nicht im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Angesichts des boomenden Niedriglohnssektors und der immer schlechteren „Erwerbsbiografien“ ist für viele Beschäftigte Altersarmut vorprogrammiert.

CDU-Arbeitsministerin Ursula von der Leyen versucht uns trotzdem zu beruhigen: "Das deutsche Alterssicherungssystem ist stabil und sicher ... Reformen haben die Rente Demografie- und zukunftsfest gemacht", heißt es in der Presseklärung zu ihren jüngsten Reformplänen, die von der Bundesregierung am 29. August beschlossen werden sollen.

Und der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung, der jeweils zur Hälfte von den Unternehmen und den Werkträgern gezahlt wird, soll weiter gesenkt werden. Bereits zum Jahresbeginn 2012 war der Beitragssatz von 19,9 Prozent des Bruttolohns auf 19,6 Prozent gesenkt worden. Nun soll er ab dem 1. Januar 2013 auf 19,0 Prozent sinken. Für die Unternehmen bedeutet das eine nochmalige dauerhafte Senkung der Lohnkosten um jährlich 2,7 Milliarden Euro. Nach der gleichen Berechnung der Rentenversicherung steigt für den "Durchschnittsverdiener" dadurch der monatliche Nettolohn um ganze 9 Euro.

Wie man mit weniger Beiträgen angeblich mehr und zumindest existenzsichernde Renten zahlen kann, dazu führt von der Leyen den neuen Begriff der "Zuschussrente" ein. Bezieher einer Minirente haben bereits heute einen Anspruch auf die so genannte "Grundsicherung im Alter". Diese soll für alle "Versicherten mit geringen Einkommen" durch die "Zuschussrente" ersetzt werden. Und zwar mit einem Bruttobetrag in Höhe von maximal monatlich 850 Euro für Alleinstehende und 1.700 Euro bei Verheirateten bzw. Lebenspartnern. Dabei werden sämtliche sonstigen Einkünfte (gesetzliche Rente,

**Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!**

*Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz*

## Rheinfelder Montagsdemo



private und Betriebsrente, Zinserträge aus dem Ersparten, Hinzuverdienste usw.) angerechnet bzw. abgezogen. Somit lägen die Einkünfte der betroffenen Rentner kaum über Hartz IV. Das Perfide an der "Zuschussrente" ist, dass die Voraussetzungen für den Anspruch darauf Jahr für Jahr höher geschraubt werden. Erforderlich beim Start ab dem 1. Juli 2013 sollen 40 Versicherungsjahre sein, von denen mindestens 30 Jahre lang ein Beitrag in die Rentenversicherung gezahlt wurde. Das steigt in zehn Jahren auf 45 Versicherungsjahre mit 35 Beitragsjahren. Ab dem Jahre 2019 ist zusätzlich eine private Altersversicherung Voraussetzung, die spätestens im Jahr 2014 abgeschlossen wurde. Es wird wohl immer ein Geheimnis der Sozialministern von der Leyen bleiben, wie Werk tätige mit einem geringen Einkommen je in der Lage sein werden, sich eine private Rentenversicherung zu leisten.



Als Montagsdemonstration wissen wir, dass die Einführung von Hartz IV, die verschiedenen Gesetze zur Durchsetzung des Niedrigstlohnsektors und der Leiharbeit sowie die Erhöhung des Renteneintrittsalters unter der SPD/Grünen-Regierung fabriziert wurde. Und schließlich auch wesentlich von ihnen nahe stehenden Spitzenfunktionären des DGB.

Auf jeden Fall muss das Renteneintrittsalter wieder gesenkt werden und die Gewerkschaften wären gut beraten, ihren Kampf gegen Rentenkürzung und gegen das Heraufschrauben der Lebensarbeitszeit gemeinsam europaweit und international durch zu kämpfen. Statt die gemeinsame Kampflinie mit nationalen Erforschen, wie flexible Übergänge in den Ruhestand..... und dergleichen zu zersetzen.



**Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!**

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz